

Ercheint täglich  
mittags mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis  
jährlich 50 J. 1/2 Jährl. 26 J.  
einmal frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.66 J.

„Die Neue Welt“  
(Leseblätter), durch  
die Post bestellbar, kostet  
monatlich 10 J. 1/2 Jährlich 50 J.



Intentionsgebühr  
betragt für die beigegebenen  
Beilagen oder deren Raum  
10 J. für Beilage-  
Bereitstellung und Veranlagung  
ausgaben 10 J.  
Am reaktionellen Teil  
kostet die Beile 50 J.

Inserate für die folgende  
Nummer müssen spätestens  
domittags 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Ver-  
einigungsliste unter Nr. 753.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißeneisener-Zeit,  
Wittenberg-Schweinf., Jorgau-Nebenverda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1647.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1647.

Telegraph-Adresse: SoSoBlatt Halle-Saale.

Nr. 69 Halle a. S., Mittwoch, den 23. März 1898 9. Jahrg.

### Chronik auf das Jahr 1848.

23. März. Als in den Elberhager Kreisen die Nachricht von dem Siege der dänisch-demokratischen Partei bekannt wurde, brach die deutsch-nationale schleswig-holsteinische Bewegung los. In Kiel wurde eine provisorische Regierung gebildet aus dem Hauptmann Kuntze und Brenner und dem Kaufmann Schmidt. Es wurde eine Bürgerwehr eingerichtet, die Befehlshaber Kiel ging sofort zum Koste über.

Die Berliner Ereignisse verließen die Bevölkerung vieler anderer preussischer Städte in die größte Aufregung. Von Köln nach Berlin zogen die dänischen Truppen. Die Berliner Garde richtete eine Adresse mit vielen Forderungen an den Divisionsgeneral. Auch aus Breslau kamen Deputationen nach Berlin. Am 20. März fanden im Rittersaal Arbeiterunterstützung in Wachen, in Eberfeld u. s. w. statt.

Der bisherige Widerstand des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin hatte sich aus der Verbindung erklärt, die der Berliner Regierung unterworfen wurde. Nachdem in Berlin die Revolution gefestigt, erließ am 23. eine Proklamation des Großherzogs, in der die Nationalgarde ausgesprochen wird, daß Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrete und in der verschiedene Volkswünsche genehmigt werden. Die Bewegung in Mecklenburg kommt dadurch vorläufig zum Stehen.

### Deutscher Reichstag.

Der reichhaltige Tagesordnung begann die heutige Sitzung schon um 12 Uhr mittags. Es wurden alle kleineren Reize erledigt und die Sitzung dauerte volle sechs Stunden. Beim Etat des Invalidentheils wurden die üblichen patriotischen und veteranenfreundlichen Reden von den National-Abgeordneten, dem Zentrum und der Rechten gehalten. Die Herren überließen sich in Invalidentheiltage, namentlich jetzt vor den Wahlen; für die Invaliden, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit Krüppel geworden sind, haben die Herren nicht daselbe Interesse, halten sie wenigstens nicht die gleichen schmerzlichen Reden. Selbstverständlich haben wir auch nichts gegen eine auskömmliche Unterstützung der Kriegswunden einzuwenden. Doch die Gesetze dieser Seite um Unterstützung je zahlreich werden, beweist nur die traurige Lage der armeren Klassen. So wie den Kriegsteilnehmern geht es im Durchschnitt allen Arbeitern.

Eine größere Debatte entpinn sich noch beim Etat der Reichseisenbahnverwaltung. Hier gab ein Vorfall Anlaß zu berechtigter Beschwerde, der interessant genug ist, um ausführlicher besprochen zu werden. Straßenburger Eisenbahnbetriebsdirektoren hatten eine Petition an den Reichstag gesandt, die Verwaltungskommission hatte sich diese Petition vom Reichstagspräsidium anschauen lassen, dann den Ton unpassend und spröde gegen die Petenten disziplinarisch ein. Von allen Seiten des Hauses, mit Ausnahme der Rechten, wurde der Regierung das Recht bestritten, die Reichstagsarbeiten durchzuführen und gar mit dem Inhalt Widerspruch zu stellen. Von unserer Seite erhoben die Genossen Webel und Singer energisch dagegen Einspruch und hinsichtlich wird die Herrschaft dieses Vorkalles unmöglich gemacht werden, da die Reichstagsverwaltung angewiesen werden soll, nur Vorschriften ohne die Untergriffen der Petenten auszuführen.

Schließlich kam beim Etat der Reichsbank nach die jüngst passierte Diebstahlsaffäre zur Sprache. Staatssekretär v. Bobbelski sagte härtere Kontrollregeln zu, damit Diebstahl von Reichsbanknoten unmöglich werden.

Ausfertigung gestellt, aber bis jetzt habe man noch nichts davon gemerkt. Sollten Mittel der Reichskasse nicht ausreichen, so müssen Mittel aus anderen Fonds bewilligt werden. (Bravo! links.)

Abg. Baumbach (Rechts) meint, in den letzten Jahren sei die Schuld durch die Gnade Sr. Majestät viel für die Invaliden gehen. Die Ungleichheit in der Beschäftigung müßte jedoch festgestellt werden.

Abg. Werner (Rechts). Die Mittel zur Unterhaltung der Invaliden könnten durch eine allgemeine Wehrsteuer aufgebracht werden, auf die Privat-Wohltätigkeit dürfte man da nicht rechnen.

Abg. Graf Haun (links) meint, die Ungleichheit in den Preisen der Invaliden ist unberechtigt, in den letzten Jahren sei viel für sie getan. In erster Reihe müßten die wirklichen Invaliden berücksichtigt werden, dann die Veteranen.

Abg. Freytag-Dülferode (Zentrum) wünscht eine Vereinbarmachung der Militärrentenbestimmung und Einkommensleistung der in den verschiedenen Bundesstaaten geltenden Bestimmungen.

Abg. Bruns an Schnädelbach (links) schließt sich diesem Vorschlag an und beauftragt im übrigen die beiden Resolutionen.

Dr. Fischer (links) erklärt, die Resolution Oriola fordere nur das Altersrentenrecht. Eine man jetzt veranlassen und Denkmäler lesen, müßte für die Invaliden gefordert werden.

Abg. Richter (Rechts, Vereinigung). Bei der Zuerkennung der Pensionen dürfte nicht scheinlich vorgegangen werden. Sondern die Pension der einzelnen Fälle müßte mehr berücksichtigt werden. Vor allem für die Erbfolge der Waisen, die Vermögenserhaltungsgulde wichtig. Eine Wehrsteuer zur Deckung der Kosten sei vorzuziehen, das beste Mittel sei eine progressive Reichseinkommensteuer.

Damit schließt die Diskussion; beide Resolutionen werden einstimmig angenommen. Der Etat über den Reichsinvalidenfond wird genehmigt.

Die Forderung zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnenwesens im Interesse der Landesverteidigung wird debattellos genehmigt.

Es folgt der Etatteil für das Reichseisenbahnamt. Der Etat wird gleichfalls debattellos genehmigt.

Bei dem folgenden Punkt: Verwaltung der Eisenbahnen liegt folgende Resolution der Kommission vor: „Der Herr Reichstagspräsident sei ersucht, dafür zu sorgen, daß die Verleihung der Betriebsführerstellen nicht durch die Ernennung neuer Betriebsführer verzögert werde.“

Abg. Webel (Rechts). Es handelt sich um eine kleine Zahl von Beamten, die jahrelang daselbst geleistet haben, wie die Eisenbahndirektoren und nun ihnen auch gleichgestellt werden sollen, ohne daß man noch ein Examen von ihnen verlangt. Auch die Vermittlung der Alterszulage scheint nicht ganz angelegentlich. Die Väter vor sich zu gehen, nach dem Dienstalter jedenfalls nicht, wie einige Fälle beweisen. Ganz unerheblich aber ist, daß die Beamten wegen einer Petition an den Reichstag befristet werden. Wie sind die Namen der Petenten in die Hände der Behörde gelangt? Ich bitte das Reichspräsident um Auskunftsstellung. Ich bitte um unbedingte Beseitigung, daß solche Mittel angewandt werden, um die Beamten vor einer Verbesserung ihrer Lage abzuwenden. Ich beantrage, die Petition der Betriebsführer nicht zur erledigt zu erklären, sondern sie der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Weibel (links) meint, daß die Betriebsführer erklärt sind, daß man nicht verlangen, daß die Betriebsführer ohne Examen den Eisenbahndirektoren gleichgestellt werden. Einige haben sich nur gewehrt, diese Examen abzulegen. Das kann im Interesse der Verwaltung nicht geachtet werden. Die Reichsleitung ist der Bewilligung von Alterszulagen nicht einverstanden. Man kann nicht verlangen, daß die Alterszulagen das Examen abgelassen haben. Die Verleihung der Beamten, die die Petitionen unterzeichnet haben, ist lediglich wegen des unangenehmen Tones der Petitionen, nicht des Inhalts wegen erfolgt.

Abg. Dr. Gammacher (links). Daß die Reichstagsverwaltung der Eisenbahnen die Petitionen zur Durchsicht übergeben hat, erregte schon in der Kommission allgemeines Erstaunen. Es kann der Behörde doch höchstens ein Abschritt unter Begreifung der Unterschriften übergeben werden. Nachdem die Behörde aber einmal die Unterschriften erhalten, kann man sich nicht vorstellen, wenn sie im Interesse der Disziplin die Unterschriften der Petenten vorgegangen ist. Sichtlich aber ist der Wunsch der Petenten berechtigt und ich bin dafür, den Beamten eine Zulage zu gewähren.

Abg. Werner (links) schließt sich dem Antrag Webel durchaus an. Den Antrag Beamten hinsichtlich die Ablegung eines Examen angängig nicht angenommen zu werden.

Abg. Richter (Rechts, Vgl.). Die Abschritt der Petitionen durch die Verwaltung ist verfassungswidrig und ganz unzulässig; ich hoffe, daß die Regierung auch wegen des Tones nicht gegen die Beamten einschreiten wird, da sie auf unzulässige Weise in den Besitz der Abschriften gelangt ist. Auch ist die Verwaltung nicht berechtigt, den einzelnen Beamten den Eintritt in Vereine und dashalten bestimmter Blätter zu verbieten.

Abg. Singer (Rechts). Wenn die Reichstagsverwaltung es hätte wissen können, daß mit den Abschriften ein beträchtlicher Mißbrauch getrieben werden würde, hätte sie gewiß die Petitionen nicht ausgeliefert. Nachdem es aber nun einmal geschehen ist, ist es notwendig, daß festgestellt wird, ob überhaupt für die Regierung Veranlassung vorliegt, in Bezug und Unterstützung über den Inhalt der Petitionen zu geraten. Es ist unzulässig, die Herren verächtlich über den Abschriften nur den Abschriften. Die Herren verächtlich über den Inhalt der Petitionen an sich gar keinen Grund abgibt, gegen die Beamten vorzugehen. Die Beamten erheben allerdings den Vorwurf gegen die Verwaltung, daß auf ihre Kosten Erparnisse im Wohnungsbau gemacht werden. Diese Sparnisse sind aber entrichtet nur den Zahlenden. Die Herren verächtlich über niedrigerem Gehalte die Arbeiter, für welche im Wohnungsbau Beamte mit höherem Gehalte vorgelesen sind. Es wird also die Differenz zwischen beiden Gehaltsklassen gelappt. Der Vorwurf ist also durchaus begründet. Es geht dann weiter in der Diskussion: Bienen erheben sich dagegen, daß Beamten, die 25 bis 30 Jahre im Dienst sind, noch eine Zulage aufgesetzt wird, um oft dadurch die Befähigung zu einer Beförderung herzustellen, welche von ihnen bereits seit einem Vierteljahr geleistet wird, und es

wird weiter darauf hingewiesen, daß innerhalb der Beamtenkreise über dieses Seligen Worte des besitzigen Unwillens gefaselt sind. Das ist also das ganze Werkchen der Beamten. Ich hoffe, die Mehrheit wird nun den Vorwurf nicht aufrecht erhalten, daß sich die Beamten im Ton vergiffen haben. Der Vertreter der Regierung hat ausdrücklich den Ton in der Petition als Grund für die Strafbefreiung angegeben, aus dem Wortlaut der Befreiung ist das nicht ohne weiteres zu entnehmen. Ich will aber den Worten des Regierungsdirektors glauben und annehmen, daß die Reichseisenbahnverwaltung nicht so tief gesunken ist, um das Petitionen an sich unter Strafe stellen zu lassen. Der Reichspräsident hat die Petition des Staatsratspräsidenten der Reichseisenbahnverwaltung persönlich herbeiführen. Ich möchte an die Regierung die Fragen richten: Erstens, wie sie dazu kommt, sich das Material der Reichstagspetitionen anschauen zu lassen und ob das in anderen Reptsos auch Mode ist? Zweitens, ob es mehr ist, daß die eisenbahnrichterliche Veranlassung der Beamten, welche an den Reichstag petitionieren, grundsätzlich bei der Verteilung von Remunerationen übergeht? Wenn so verfahren wird, dürfte den Beamten die Lust am Petitionen halb werden. Das Petitionenrecht der Beamten darf aber nicht eingeschränkt werden, denn es ist beinahe das einzige Recht, welches der Beamte noch hat. Wir sind es nicht nur den Beamten, sondern auch uns, dem Reichstag, schuldig, daß bei uns das Petitions-Gehelminde gewahrt wird. Die Beamten haben mit wahrer Lammesgehülpe ihr Gehalt getragen, der Ton in den Petitionen ist nur eine Folge der ihnen widerfahrenen Behandlung. Die Beamten werden durch die eisenbahnrichterliche Veranlassung der Regierung einseitig, immerhin sollte es sich die Behörde überlegen, ob sie ihre Strafbefreiungen nicht doch lieber zurückziehen will. Wir können ihr das nicht dringlich empfehlen. Es fragt sich überhaupt, ob die Strafe zu Recht besteht, da die Regierung, wenn auch nicht aus berechtigter Absicht, aber auf unbillige Weise auf dem Gebiet der Unterherrschaften ist. Juristen aus dem Saale mögen die Frage näher beleuchten. Wir können nur nochmals wünschen, daß den Beamten ihre Büchse erfüllt werden. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weibel (Rechts). Die verbindebeten Regierung haben ein Recht daran, an den Verhandlungen der Reichstagskommission teilzunehmen und auch alle beim Reichstag einlaufenden Petitionen kennen zu lernen. Redner bezieht, daß es sich bei der Verlesung der Petenten um einen Akt der Ungehörlichkeit habe.

Abg. Greiser (Zentr.). Die Petitionen sind Alten des Reichstags, und der Reichstag allein hat darüber zu entscheiden, wenn er Einsicht gewonnen will. Die Regierung hat kein absolutes Recht darauf, daß ihr diese Petition mitgeteilt werden ist mit den Unterschriften, ist ein Verbrechen. Um es in Zukunft zu vermeiden, werde ich in der dritten Sitzung eine Resolution der Reichstagsordnung durch eine Resolution annehmen. Nachdem die Regierung die Namen der Unterzeichner einmal erfahren hat, kann ich es ihr nicht verdenken, wenn sie wegen des unbilligen Tones der Petition gegen die Petenten vorgegangen ist. Die Strafen waren ja auch sehr mild.

Abg. Graf Haun (links). Es ist durchaus in der Ordnung, daß die Originale der Petitionen der Regierung vorgelegt werden. Die Regierung verdient nicht das Vertrauen, das man ihr die Namen der Petenten vorenhält. Der Reichstag sollte eigentlich Petitionen von Beamten, die ihre ungeschiehten Beamten bezeichnen, überhaupt nicht entgegennehmen. Das entspricht nicht seiner Würde. Doch man ergründe, daß es nicht überheblicher, es nicht auch sonst Leute, die gewußt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen, der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen genehmigt. Die nächste Sitzung des Reichstags ist am Donnerstag.

Der Etat der Reichsbank gelangt debattellos zur Annahme, ebenso die noch referierten Teile vom Etat des Reichsschatzamt, der Etat „Veränderung von ehemaligen Stellungsverträgen“.

Abg. Graf Arnim (Rechts) bringt den Diebstahl in der Reichsbank zur Sprache und weist auf die große Beunruhigung hin, die im Publikum durch die Zeitungsmitteilungen hervorgerufen worden ist. Man könnte es nicht verstehen, daß bei den Kontrollmaßnahmen ein Diebstahl in größerem Umfang möglich sei. Zur Beunruhigung kommt es daher beitragen, wenn der amnestierte Chef der Reichsbank nicht hier über die Kontrolleorgane ausfallen wollte und mitteilte, wie hoch sich der Verlust ungefähr beläuft.

Staatssekretär v. Bobbelski erwidert, es handle sich um einen ganz ungewöhnlichen Fall, der noch nicht genügend aufgeklärt ist, um ausführliche Mitteilung darüber machen zu können. Die Scheine, die entdeckt sind, stammen sämtlich von einem Druck, der am 14. Januar 1897 hergestellt ist. Durch eine Vertretung von Umständen muß es dem Oberfaktor gelungen sein, sich in den Besitz von einigen Scheinen zu setzen. Wie hoch sich der Schaden beläuft, ist nicht festzustellen, jedenfalls handelt es sich nicht um Millionen. Das Bisherige ist der Druck der Scheine, sind zweifellos echt, die Nummern sind später aufgebracht. Daß die Scheine in Besitz des Faktors gelangen konnten, ist nur dadurch zu erklären, daß die Scheine beim Durchgehen der fehlerhaften Exemplare nicht mit durchgeht, daß der Faktor sich den Schlüssel ausfallig erkaufen konnte, zu dem Faktor für die zu unterscheidenden Scheine zu verhoffen gewiß hat, und daß der Faktor dann die von ihm erleichterten Pässe sich selbst zum Durchgehen auszuweisen gewiß hat. Die Abblätter, daß die Vertretung der Umstände noch öfter vorkommen sollte, liegen aus geschlossen. Zur Beunruhigung liegt um so weniger Grund vor, als auch der Reichsbank diesmal kein Schaden entstanden dürfte.

Abg. Dr. Gammacher (links) fragt an, ob die Kontrolle nur durch die beiden untergeordneten Beamten vorgegangen wird, oder ob noch ein hoher Beamter eine Kontrollkontrolle ausübt.

Staatssekretär v. Bobbelski befragt, daß noch ein höherer Beamter die Kontrolle des Faktors ausübt.

Abg. Graf v. Arnim (links): Ich habe die Anfrage nur gestellt, um eine Verhärterung für die Beamten hervor zu rufen, die Anteile an der Reichsbank haben. Die Kontrollorgane sind den Beamten soffenlich, wenn nicht, noch stärker werden.

Abg. Dr. Gammacher (links): Die Gammacher an der ganzen Sache ist, daß nicht solche Partorien in Umlauf sind, das würde unserer Arbeit schädigen. (Sehr richtig!) Ein Diebstahl kommt gar nicht in Betracht. Es empfiehlt sich vielleicht doch, daß ein

Direktor der Reichsdachstuhlverwaltung eine Kontrolle über das Durchführen der Dachstuhlarbeiten...

Staat: ... v. Bodebrühl: Es wird über einzelne Schein kontrahiert, über jedes Schein-Bahnen muß Bescheid gefast werden...

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Nehmungsachen; Vorlage betr. Konzeptionierung von Ausgabenschriften...)

Zur Jubiläumfeier.

Abermals aufgelöst wurde die Versammlung zur Ehre der Märzkämpfer in Magdeburg, die an Stelle der aufgelösten vom Donnerstag am Sonntag nachmittag stattfand...

In Baden begeben sich am Sonntag mehrere hundert Sozialdemokraten von Karlsruhe und Umgebung, Baden-Baden u. nach Rastatt, um an den Gräbern der Märzgefallenen Kranz niederzulegen...

Ein von den Genossen an Viehlich aufgegebenes Telegramm wurde von dem Telegraphenbureau zur Beförderung nicht angenommen...

In Karlsruhe wurde das Telegramm unbeantwortet aufgenommen. Die heute in Rastatt an den Gräbern der handrechtlich Erschlagenen...

In Rastatt fand gleichfalls eine große öffentliche Märzfeier statt mit Zug nach dem Grabe Maud Goepp's, an welchem Kranz niedergelegt und Reden gehalten wurden...

Italien. Der 50. Jahrestag der Mailänder Revolution wurde Sonntag in großartiger Weise gefeiert. Am offiziellen Festzuge voranzogen 10000 Personen...

Tagesgeschichte.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist seit mehreren Tagen der Eisenbahn-Etat auf der Tagesordnung. Bekanntlich hatte der Reichstag vor einiger Zeit eine recht ausführliche Eisenbahndebatte...

Die Menschenkenner vernichtet werden.

Eine wahre Geschichte aus Leipzig von Carl Wiefenthal.

1) Ein junger Mann steht unter der schwermütigen Last des Strafenbusses vor Gericht. Ich, noch 16 Jahre und schon ein Richter! Der Mensch, dessen Schuld so schlank und gerad ist, auf dessen blickendem Gesicht so deutlich Ruin und Leid ausgeprägt leben...

preussische Eisenbahnverwaltung. Keine Spur von Affektismus, von ungenügenden technischen Kräften, keine Spur von Wagenmangel und ungenügender Bezahlung der niederen Angestellten. Montag war es Herr Drömler, der in einer längeren Rede das Säbenderegister des preussischen Eisenbahnsystems durchging...

Eisenbahner und Konservativ. Es geht doch nichts über die Deutlichkeit, mit welcher die patentierten „Staatsbahnen“ auch den Eisenbahnern klar machen, wo diese Abhilfe zu erwarten haben...

Die Unversehrtheit der „Süßen des Thrones“ erklärt es auch, weshalb die Eisenbahner einwilligen noch auf keine wirksame Besserung zu rechnen haben. So muß es kommen. Die Affäre mit den erkennbaren Sinnverweirtern, deren Held der Kreisdirektor Peucer in Erlangen war...

zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Für den christlichen Reichstagen-Verlag des Pastors Hülle, so waren drei Jahre beflohen. Der Prinzipal war mit Paul sehr zufrieden und legte für die Zukunft die besten Jahre für ihn...

Verzeihen Sie mir — Ich bin Paul darin — Ich bin ein leidenschaftlicher, ein unwahrscheinlicher, der Ihre Wohlthaten mit dem unangenehmsten Unmut empfangt. Man hat mich in schändliche Tugenden gehalten, aus denen ich nur durch ein Doppeltverbrechen mich lösen konnte...

Man glaube nicht, daß er die freudige Hand auch noch gegen sich geföhrt hätte; man glaube nicht, aber wenigstens man sollte es doch, er würde kommen würde, räumlich und Verzeihen mit und man würde ihn alsdann nicht bestochen haben...

Was der Strafanfall tritt ein junger Mensch; er zählt erst 19 Jahre. Seinen schlanken, kräftigen Leibes hat das Strafenbühel nicht beugen können; an seinem Bilde, höchsten Schicksal oder drücken hat ihre Seelenenden an.

Schwarz hat der Langhalsliche sein Verbrechen geübt; er lag die der und mit seinen bekannten Schriften verächtlich will, hat jetzt auch die Randwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein 500 R. demüthigt.

der und mit seinen bekannten Schriften verächtlich will, hat jetzt auch die Randwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein 500 R. demüthigt.

Ein kleines Malheur ist, wie die Berliner Volkszeitung mitteilt, den Karanten passiert. Ihr Auf v. vom 11. März enthält am 11. März den Namen des Freiherrn v. Gillingen...

Wegen Kaiserfeldzeugung wurde in Leipzig ein Richter in einer Geisteskur in Haft genommen. Er soll gelegentlich eines Bierischgesprächs die beleidigende Neuerung gethan haben.

Zur Wahlbewegung.

Obersteuerrat v. Eglin, der Religions-Propst, bewohnt sich neben drei anderen Kandidaten um das Mandat von Oberfeld-Barmen, das gegenwärtig in den Händen unseres Gen. Saem ruht.

Parteiandrüchten.

— Herrlichen Dank den vielen Freunden, die mir persönlich oder durch Zeilungen und Volksversammlungsbeschlüsse bei meiner Rückkehr in den politischen Kampf ihre Sympathie ausgedrückt haben.

Arbeiterbewegung.

Im Magdeburger Bauergewerbe sind die Verhandlungen der drei Kommissionen mit dem Vorstand der Arbeitergewerkschaften geschlossen. Der letztere besteht aus 100 Arbeitern...

Ein großer Maurer- und Zimmererkreis wird in Chemnitz infolge Unzufriedenheiten ausbrechen. 700 Maurer und Zimmerer werden sich an dem Lokalmittel beteiligen.

In Mannheim sind in der Schulpflicht von Rahn u. Rahn Differenzen ausgebrochen. Die Verhandlungen sind am Montag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr.

Stadtverordneten-Sitzung.

Vorhergehende Sitzung leitet die Verhandlung, die nach Beendigung der Protokolle der Sitzung vom 14. März in die Tagesordnung tritt.

Punkt 1: Festsetzung des Räumerei-Stats für 1898/99 wird mit dem Kap. XIV: Reinigung und Beiputzung der Straßen, vorgesetzt. In der Diskussion rügen die Stadtv. Straß und Albrecht die unzureichende Bezahlung der durch die Stadt angestellten Arbeiter...

sehen Botsage. Ich bin doch ein im Unkraut, wenn er in die Zukunft blickt; weiß er doch nicht, welchen Bären er er greifen wohnt er in der erlebten Freiheit sich erheben soll!

Pauls Biographie stand in Leipzig; hier ist also seine Heimat und hier hat man ihm denn auch eine Heiligeres gegeben. In jede Gemeinde ihrer Angehörigen aus den Strafenländern wurde aufgerufen...

Er geht nun weiter, bis er das Polizeiamt in der Richterstraße erreicht hat. Dort trat man ihm entgegen, als ein Unterkommer habe. Dies vernicht er. Darauf besteht man ihm an, sich binnen drei Tagen Schlichte und Arbeit zu verschaffen...

das die Abstimung auf unrichtiger Annahme beruhen kann, jedoch nicht nachträglich angeht. Eine nachträgliche Abstimung vorzunehmen wurde abgelehnt.

Bei dem Kapitel XVII: **Ausgabe für Kunst, Wissenschaft und sonstige gemeinnützige Zwecke**, beantragt der Stadtrat, die Mittel für den Zweck des arbeitslosen Klassen für 1899 und 30 Mk. an den Deutschen Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke zu strecken und diesen Betrag von 42 Mk. dem Verein zur Förderung der Nahrungsmittelindustrie zu lassen. Am 12. März wurde für das Budget beschlossen, daß die Mittel nicht als solcher Betrag für eine einmündige Sache hervorzuheben. Ebenso wurde auch - es sei keineswegs ein Freund von Alkohol - mit einem Betrage von 30 Mk. nichts gegen den Mißbrauch geistiger Getränke ausgedrückt.

Der Herr Stadtrat erklärt, daß die angelegten 12 Mk. an den Deutschen Verein nur für eine Arbeit bezahlt werden, woran Stadtr. Krüger entgegen, daß dann der Betrag ebenfalls gestrichen werden könne. Da solche Arbeit doch aber unter Umständen der Definitivität ertheilen würde.

Der Antrag Abrecht wird abgelehnt. Der Betrag: 8000 Mk. an den Verein für Volksschule zu den Vermittlungsstellen der Arbeit nachweise und 1200 Mk. zur öffentliche Festlichkeiten, Minutionen, Ehrengaben und sonstige unvorhergesehene Ausgaben, zu strecken und begründet seine Anfrage damit, daß diese Arbeit nachweislich eine gute Arbeitsnachweise zu errichten, nur hinderlich ist. Der Betrag für Minutionen könne für andere Zwecke verwendet werden.

Stadtr. Abrecht schlägt sich dem Antrag Krügers an und meint, der Verein für Volksschule könne nicht das allgemeine Vertrauen der hiesigen Arbeiter; aber dieser Verein hätte das Stadtratskollegium doch mindestens einmal einen Bericht oder dergleichen bekommen müssen, was aber nicht geschehen ist. Die Anträge Krügers werden abgelehnt und damit wird dieses Kapitel beendet.

**Eine Steuerbesatz**, die schon gar nicht mehr schon aus dem Stadtratskollegium in ihrem gegen „Remontierstellen“ nach der letzten Sitzung über die Rippen brachte, weil sich die Disposition bis 9 Uhr abends hinzieht, wurde durch Kapitel XVIII. Gemeindefragen, beantwortet. Die Partei der jungen Bauern, welche die jüngst keine und jeden Beschlüssen bemängelt, wenn es ihr sonst nicht nicht folgte, gebietet sich gegen alle, wie die 1948 r Steuererweiterung, als es sich darum handelte, etwas herabzusetzen, und sie hatte auch Erfolg. Natürlich betonte man, daß man nicht für die eigene Sache, sondern nur für eine gerechte Sache plädierte. Alle wollen sie gern haben, aber die unzulängliche hohe Spannung der Realitäten aus dem Magistrat in Beziehung bringe und Zustimmung bei den Bürgern hervorruft.

Es würde dem Raum unendlich Platz zu sehr ankommen, wenn wir die sämtlichen Reden wiedergeben wollten, die im wesentlichen daselbst enthalten sind als Diskussionen vom Vorhinein. Stadtr. Seiler eröffnete den 1487 - 145 - heruntersinken. Er ergriff den Magistrat, diesem Vorschlage beizutreten und wies darauf hin, wie die Freunde dieses Steuermodus in der Finanzreform behandelt worden wären. Man hätte selbst das Magistrat sogar gefragt: „Wer weiß, ob Sie die richtigen Vertreter der Stadt sind, um diesen Vorhinein bitten oder nicht, daß der Magistrat im Unrecht ist.“

Bürgermeister v. Pöhl entgegen auf diesen Oppositionsummus, daß der Stadtr. Seiler sich im Irrtum befindet, wenn er meine, die letzten Stadtratsordnungen wären dem Magistrat ungeliebt gekommen. Allerdings werte solche Steuerbesatz nicht anders als ein guter Arbeit, sie sehe aus wie einen Krieg herauszuführen. Der Magistrat und die sogenannte Magistratspartei habe aber für die Steuerarbeit „besser“ gesprochen als die Vertreter des Antrags Seiler. Er bitte den Antrag abzulehnen.

Stadtr. Krüger wendet sich ebenfalls gegen den Antrag Seiler und behauptet mit fester Stimme einen Standpunkt zur Kommunalsteuer. Die direkte progressive Einkommensteuer die einzige Gewähr für eine gerechte Verteilung der Lasten. Ferner stellt Krüger den Antrag, zu beschließen, daß der Magistrat im Irrtum ist nicht mit der Einziehung der Steuern verbunden ist. Stadtr. Seiler hält das für eine Fehleingung, was Seiler gegen die Einkommenssteuer.

Nach einer langen Debatte, in welcher sich die meisten Redner für den Antrag Seiler aussprachen, geht ein Schlußantrag ein. Stadtr. Abrecht dagegen und meint, er finde es für unrichtig, wenn man seine Partei angreife und ihr noch das Wort abläßt. Die Annahme des Schlußantrags bedeute für eine Vertilgung. Der Schlußantrag wird angenommen. In den Reden der persönlichen Bemerkungen wurde eben Originalles geliefert, als in der Debatte. Geh. Rat Seiler hatte sich zuerst gemeldet und ging ein. Als er von den Vorrednern daran anwendet und erwidert wurde, zur persönlichen Bemerkung zu sprechen, entgegnete er in aller Gemütsruhe: „Der Vorredner, das kommt nachher.“ (Große Lächerlichkeit.) Ebenfalls mit Verehrtheit begleitet wurde die persönliche Bemerkung des Rechtsanwalts Dr. Sembler: „Die Herren, die ich angegriffen habe, befinden sich nicht in der Reihe des Herrn Kommunalsteuer Besatz und auch nicht im Lager der Herren Sozialdemokraten, sondern im „Landmanns“. Der Antrag Seiler wird bei nachträglicher Abstimmung mit 25 gegen 14 angenommen; Abrecht und Krüger stimmten dagegen. Der Antrag Krüger bezüglich der Unterlassung der Einziehung von Steuern wurde abgelehnt.

Das Kapitel XIX des Etats: Insgesamt wird ohne Diskussion genehmigt. Damit hat die Beratung des Stadtrats für diese Ende erreicht und der 1. Punkt der Tagesordnung war erledigt. Die Finanzkommission wird beauftragt, das Ergebnis der Beschlüsse festzustellen. Die übrigen 14 Punkte der Tagesordnung konnten wegen vorgerückter Zeit (9 Uhr abends) nicht erledigt werden.

liberalen könne der sozialistische Anstrich befestigt werden. Ueber den Durchfall ihres wahrhaft liberalen Alexander bei der 96 r Wahl tröstete sich die Herren dadurch, daß sie sagen, „die beabsichtigte Fälligkeit von Parteigenossen habe ihnen den Sieg erwischt“. Wichtigen ein Gebändnis. Warum diese Parteigenossen des Liberalismus so bedauerlich lässig waren, ist in dem Aufsatze hinsichtlich der Vergangenheit worden. Die Antwort können wir auf diese Frage leicht erteilen. Weil die wirklich Liberalen es ablehnten, für einen Mann wie Alexander Meyer zu stimmen, der eintritt für Militär-Vermehrung, der zu haben ist für Flottenpläne, der wie die sämtlichen Angehörigen der freisinnigen Vereinigung, nicht den Mut hat, offen und energig für die Rechte des Volkes einzutreten, der nicht laut und nicht warm, der nicht Jähzorn und nicht Fiesch ist, und sie bleiben deshalb der Wahl fern oder stimmen ihnen im ersten Wahlgange für uneren Kandidaten Ameri.

Das auch ein wahrhaft Liberaler dem sozialistischen Anstrich nicht widerstehen kann, das wird die Wahl beweisen. Der Liberalismus kann auch in Halle nur auf konserverativen und agrarischen Kräften in den Reichstag einen Vertreter seiner Partei schicken. Aus eigener Kraft, wie wir das thun, ist er dazu nicht im Stande. Das beweist auch bei der Aufstellung des Herrn Schmidt am vor. Donnerstag der Auspruch einiger Mitglieder, daß bei einer etwa nötigen Stichwahl wohl die rechtsstehenden Parteien (lies: Konservervative und Rationalliberale. D. Red.) ihre Stimmen auf den Kandidaten der Liberalen vereinigen würden.

Die wahrhaft Liberalen verbanden sich also auch hier wie aberwärts mit den Reaktionären (Schmittler Sorte, um mittelst dieses Konbinats die Sozialdemokratie, die einzige wahre Vertreterin des Volkes, zu besiegen. Das ist wirklich wahrhaft liberal, wenn man schon bei Aufstellung der Kandidatur nach rechts zieht, um von dieser Seite Hilfe zu bekommen. Die Hall. Ztg. hat allerdings dieser frechen Hoffnung einen ganz gewaltigen Dämpfer aufgesetzt. Sie schreibt:

„In allen nationalen Kreisen wird man den Beschluß des Vereins der Liberalen mit gerechem Unwillen verurteilen. Die Thatlage, daß der Verein einen Mann höchster Obedienz als Reichstagskandidaten glauben aufstellen zu müssen, heißt, ganz abgesehen von allen anderen, von einer unzulässigen Kurzsichtigkeit, Verarrtheit und Verkennung der Verhältnisse in unserem Wahlkreise. Denn diese Kandidatur ist nichts als eine Unterjochung der Sozialdemokratie. Um so thatkräftiger werden sich nimmer die nationalen Elemente, die Freunde einer künftigen Einheit der Sammlung zusammenschließen müssen, um den Feind der Wohlthat unteres Gemeindefreundes in starker Bilanz gegenüber zu treten und über sie den Sieg davon zu tragen. Man, die Halle, mag sich trösten. Wir verzichten im vorhinein auf die Unterstützung dieses Liberalismus. Und daß sie glaubt, in Mann ihrer Partei würde in geschlossener Phalanx den Sieg davontragen, ist mehr wie wahrhaft - lächerlich!“

**Achtung, Schneider!** Gestern, Montag, legten in Leipzig die Schneider die Arbeit nieder. Ihre Forderungen sind Regelung des Lohnsatzes und Einrichtung von Betriebswerkstätten. Zuguj ist streng fernzuführen. Alle Anfragen und Zulagen sind zu richten an: Wigel, Brüderstraße 11 (Bürgergarten).

**Achtung, Formel!** In der Wahlfeldenschrift von Brandes in Wolkenbüttel, im Braunhewitzigen, ist ein Formelstreit ausgebrochen. Zuguj nach dort ist strengstens fernzuführen.

**Die Saale-Zeitung** wird, wie man uns aus zuverlässiger Quelle mitteilt, aus dem Besitz des Herrn Fendel in von einer größeren Gesellschaft übergeben. Der Besitzwechsel wird in kurzer Zeit vor sich gehen. Der Zentral-Anzeiger, der bestmännlich in denselben Verlage erscheint, soll ebenfalls von der Gesellschaft angekauft werden.

**Die neue Bundesanleihe**, die einen Teil der Mittelglieder der Bundesanleihe ausmacht, wird besonders die inwendigen Büchern genannter Anteil übernehmen. Die erwahtenen Büchern bleiben in Darby als Pfandgabe. Bekanntlich wird diese Veränderung am 1. April erfolgen.

**Durch den Einbürgerung-Resteheld** existiert ein Dienstmannen schwerer Bedauernes. Sie sind vor bemerken, nichts abgeben, als im Jahr der Bediensteten und ein Beschäftigtes schwerer sich über ihre Führe ergöt.

**Die Opfer der Landwärdler Schiffsfahrte.** Die 18jährige Louise Wendt wurde vor ungefähr 4 Wochen von dem Kapitän Schneider mit einem Revolver schwer verwundet, weil sie dessen Verhaftung abzuwenden suchte, und besonders die inwendigen Büchern genannter Anteil übernehmen. Die erwahtenen Büchern bleiben in Darby als Pfandgabe. Bekanntlich wird diese Veränderung am 1. April erfolgen.

**Von einem Motorwagen überfahren** wurde am Montag mittig in der Marktstraße ein 70jähriger Herr. Er wurde ziemlich unanständig aus dem Straßenverkehr gehoben und eine lange Strecke vor dem Mann hergeschleht. Der Wagenführer brennstoff mit allen Kräften und so ist der alte Mann mit einigen Querschnitten am Gesicht davongekommen. Auch wurde seine Kleidung stark beschädigt.

**Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Sudermanns neuestes Werk „Die Erbsche“ beginnt am Mittwoch ab ersten Aufführung. Bekanntlich wurde die Aufführung des Johannes in Berlin 1. J. verboten und auch hier mußte erst die Genehmigung zur Aufführung beim Ministerium des Inneren nachgesehen werden, und gelang das dort morgen nach der Einreichung des Deutschen Theaters in Berlin zur Aufführung. Die Regie hat Herr Director v. Müller übernommen und sind seine Dekorationen (aus den Theatern von Halle, Berlin und vom Dekorationsmalers des Stadttheaters, Herrn Siera), sowie neue kostümliche Ausstattung letzters der Direktion angekauft worden. Die Vorstellung findet ab 7. Abend ab 7.10 Uhr abends statt.

**Gefahren** und in der vergangenen Woche 44 Personen und zwar: Gefährliche 1. Augenentzündung 6, Augenentzündung 6, Schwärzung 1, Luftröhrenentzündung 3, Wehrungschwulst 1, Lebergeschwulst 1, angeborenes Schülft 1, Wackelstehentzündung 1, Schindeldrüsenerkrankung 1, Lebergeschwulst 2, Pleuritis 1, Roggen 2, chron. Nierenleiden 1, Peritonitis-

entzündung 1, Nierensteine 4, Diarrhoeentzündung 1, Herzfehler 1, Krämpfe 1, Herzschlag 1, eingeklemmter Brust 1, Schilddrüsenerkrankung 1, Gehirnerkrankung 1, Gabelentzündung 1, Wundenentzündung 1, engl. Rothlauf 1. Darunter befinden sich 10 in hiesigen Krankenhäusern verlebte Fälle.

**Nierenleiden.** Arbeitererkrankung. Scher verbrannt hat sich der 36jährige Schmidt Heiner aus Halle, der in hiesiger Zementfabrik beschäftigt war. Das Feuer eines Brennofens, an dem er zu thun hatte, schlug heraus und verbrannte ihn recht erheblich am Gesicht und an den Händen.

**Zeit.** Die Verammlung des Holzarbeiter-Vereines am Sonntagabend in Meiners Restaurant wurde ziemlich gut besucht. Zur Wahl des Delegierten zum Verbandstag wurden 64 Stimmen für Georg-Aug. Zeit und 4 Stimmen für Heinrich-Schulte abgegeben. Herr Georg-Aug. Zeit erhielt einen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung, die er für den Ausbau der Organisation für bringen notwendig hält. Zeitlich seine Schwierigkeiten vorhanden, die erst überwunden werden müssen. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen gegen die Arbeitslosenunterstützung. Angenommen wird mit 17 gegen 12 Stimmen der vom Referenten gestellte Antrag, den Verbandstag zu beantragen, die Wege für Einführung der Arbeitslosenunterstützung anzubahnen. Hierauf folgt Erledigung interner Angelegenheiten.

**Zeit.** In den getieren von uns gemeldeten Unglücksfall auf Grund Neue Sorgen haben wir angedacht werden können. Die Sache in etwa durchführt geleigt ist. Diese Sache ist durchaus unzulässig nach Ansicht der Vergleiche, es wird vielmehr der vollständige Güter angebracht, welches nicht willkürlich offen bleiben kann, sondern welches sich sobald die Forderung erfüllt ist, so schließen muß, daß ein Grundriss in den Schicht umgewandelt ist. Ein solcher Beschluß ist auf allen Schäden und Jahrzahlen angebracht und muß vorhanden sein. Hoffentlich wird die Untersuchung herausstellen, ob hier wieder ein Menschenleben lediglich der Profitlichkeit zum Opfer gefallen ist.

**Zeit.** Eine Reihe von Verammlungen hält die Genossin Frau Kähler aus Hamburg, Mitglied der General Commission der Gewerkschaften Deutschlands, in unserm Wahlkreise ab. So am heutigen Tage in Weiskens, morgen Mittwoch den 23. in Raumburg, am Freitag den 25. in Zeit („Zeit der Zeit“), am 26. in der Umgebung von Zeitz und am Sonntag den 27. März in dem Haus „Halle“ ab. Man alle Arbeiter und Arbeiterinnen dafür sorgen, daß überall die Verammlungen gut besucht werden.

**Zeitz.** Spät kommt sie, aber sie kommt, nämlich die Verammlungen darüber, daß Verammlungen eines Vereins gleich auf längere Dauer angedacht werden können. Der Verein der hiesigen Fabrike des Bergarbeiter-Vereines ist in der letzten Woche endlich die verlangte Verammlungen. Der Herr Vereinsvorsitzer hat sich also überzeugt, daß das Verlangen des Vereins gleich berechtigt war. Warum aber nicht gleich so? Das Verammlungsrecht ist doch jetzt, in diesem Parteioffen, doch nicht zu wünschen. Ein recht eigentliches Muttergärtchen war bei einem Schmeidelebertrag zu probieren. Er hatte sich die linke Hand verbrannt und blüht sich schnell der Arm unter Schuppen, die die auf eine Unterarmstellung schließen ließen. Er mußte sich behufs Operation in die Klinik nach Halle begeben.

**Raumburg.** In einer am 21. März abgehaltenen öffentlichen Verammlung der freilebenden Maurer Raumburgs erlaten die Tagung einmütig die Lohnkommission Bericht über die Lage des Streiks. Nach den bekannt gegebenen Zahlen liegt der Streik ebenso günstig wie bei Haderb. r. deselben. Kollig Arnh-Leipzig gab folgende Zahlen bekannt: Im Streik befinden sich noch 99 Kollegen. Abgesehen sind 26 und zu neuen Bedingungen arbeiten 16 Kollegen. Im weiteren Verlauf soll über die Forderungen der Unteren nach und zieht einen Vergleich zwischen dem Patriotismus der Herren, wenn kein Streik am Die, und demjenigen gelegentlich eines Streiks. Sonst trüben diese Leute den Patriotismus und glauben denselben in Ehrpacht zu haben, zieht selber ist die Herren den Zerkel um die schwarzen Gremphäse, sondern hole als Ersatz für die Streikenden die indifferenten und b-hürfenlosen Falten nach Raumburg und man es nach anzu, würden diese Oberpartien noch chinesische Kalis herbeizuschleppen, weil jene noch bedürftiger sind, wie die italienischen Maurer. Sollten die Unteren-uchen vielleicht des Glaubens sein, daß es den Streikenden an Mut fehle die gestellten Forderungen durchzuführen, weil die Herren wenig genug zu der Einsicht gelangen, daß dem hoch nicht so sei, und sie sich in starkem Irrtum befinden.

Es wurde noch ein Antragmitglied in der Lohnkommission gewählt, sowie ein Kollege zum Generalsekretär delegiert. Zum Schluß warnte Kollege Kunz noch die Streikenden, Zug auf Ungerechtigkeiten hereinzu zu lassen, sondern zu verhalten, in Güte die Arbeitswilligen zu unterstützen und in dieser Weise sie von ihrem Einn und Treiben abzubringen. Hierauf erfolgte Schluß der Verammlung. Der Herr der Streikenden ist ein guter und erwarren dieselben nur die moralische Unterstützung der Arbeiterfakt Raumburgs und Umhebung und der Sieg wird bei guter Zeit der unjäre sein.

**Sonderhausen.** Aus der Landesbestische auszutreten, deren ich auf drei Familien der Bewohner der benachbarten Gemeinde Richter. Der G. und liegt in der Dikarowitz, in der die rentierten Mitglieder mit ihrem Partner leben. Sie haben beim Ministerium in Nachsicht die Erbenzusage bestehen binnen drei Wochen beantragt; falls diesem Antrag nicht Folge gegeben wird, wird der Restrikt r. r.

**Haderb.** Arbeitererkrankung. Am Freitag vormittag bühnen aus dem Bergarbeiter-Pohl und Wärdler, im herzoglichen Schlosswerk Leopoldshald ihr Leben. Ein der Verunglückten waren mit der Säubung einer Traubehütte unter Tage beschäftigt, als ohne warnende Anzeichen eine große Salzflut bestrahlte und beide unter sich begrub. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Pohl stand schon im 70. Lebensjahre, sein erwachsenes Sohn vom ihm kam der zwei Jahre im letzten Werke aus Leben.

**Wühlhausen.** Ein Straßenerbauer ist gegen sämtliche Mitglieder der Lohnkommission der Färbearbeiter wegen Verletzung zum Vorhinein eröffnet worden, auch gegen solche, welche Kostlosbeit angelehnt haben. Es damit der 102 der Gewerkschaften die richtige Bestimmung erfolgt.

**Wühlhausen.** Die freilebenden Färbearbeiter beschloß Sonntag, da man durch Fortführung des Kampfes ein Resultat nicht erwartet und noch weitere Streikbrecher zu vermeiden haben wird, den Streik zu beenden und Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Portieren, Teppiche, Möbelstoffe, Tischdecken etc. in anerkannt größter Auswahl und zu ausserordentlich billigen Preisen. J. LEWIN Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3. Geschäftshaus

